Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 1 (1934-1935)

Heft: 1

Artikel: Erläuterungen zum Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung = Commentaire sur l'arrêté fédéral, concernant la défense passive de la population civile

Autor: Koenig, M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-362353

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erläuterungen zum Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung.

M. Koenig, Bern, Leiter der Eidg. Gasschutz-Studienstelle.

Schon die Vorarbeiten der Eidg. Gasschutzkommission, welche im Oktober 1928 vom Bundesrat mit dem Auftrag ernannt wurde, die Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung gegen die Wirkungen des chemischen Krieges zu prüfen, haben ergeben, dass Massnahmen getroffen werden müssen. Leider hat die Entwicklung der internationalen Verhältnisse, namentlich der Verlauf der Abrüstungskonferenz, gezeigt, dass nicht nur ein Verbot des chemischen Krieges, sondern auch ein allgemeines und absolutes Verbot von Luftangriffen auf die Zivilbevölkerung heute bedeutend unwahrscheinlicher sind, als je nach den Erfahrungen des Weltkrieges hätte erhofft werden dürfen. Die Mahnungen des Internationalen Roten Kreuzes, den Schutz der Zivilbevölkerung gegen einen künftigen Luftkrieg unverzüglich an die Hand zu nehmen, tönen daher heute eindringlicher als je zuvor.

Die grundsätzliche Frage, ob für den Schutz der Zivilbevölkerung jetzt schon Luftschutzmassnahmen getroffen werden sollen, wurde daher von den eidgenössischen Behörden entschieden bejaht. Trotz unseres unerschütterlichen Willens zur Neutralität besteht die Möglichkeit, dass wir ungewollt in einen Krieg verwickelt werden könnten. In diesem Falle genügt es nicht mehr, wenn wir eine noch so kriegstüchtige Armee besitzen. Mehr denn je wird in einem modernen Kriege die Kampffähigkeit der Armee davon abhängen, dass die Arbeit hinter der Front möglichst ungestört geleistet werden kann. Dazu bedarf es aber vor allem wirksamer Schutzmittel für die Bevölkerung.

Diese Ueberlegungen brachten unsere Landesbehörden dazu, Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu treffen. Das nähere Studium der Frage führte sie zur Ueberzeugung, dass eine wirksame Regelung der Aufgabe nur auf bundesrechtlicher Grundlage geschaffen werden kann. Wohl ist die intensive Mitarbeit der kantonalen und Gemeindebehörden für die Ausführung der Massnahmen unentbehrlich, doch sind diese unbedingt einheitlich und gleichmässig für das ganze Land vorzusehen. Die zu treffenden Massnahmen hängen so eng mit der Landesverteidigung zusammen, dass sie unbedingt vom Bunde angeordnet werden müssen. Die rechtliche Grundlage musste daher durch einen Bundesbeschluss geschaffen werden.

In der Septembersession dieses Jahres wurde ein entsprechender Entwurf von den eidgenössischen Räten beraten und angenommen. Er hat folgenden Wortlaut:

Bundesbeschluss
betreffend
den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung.
(Vom 29. September 1934.)

Art. 1.

Der Bund sorgt für die Vorbereitung und Durchführung geeigneter Massnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen chemische und ähnliche Kampfmittel (passiver Luftschutz), die neben der militärischen Abwehr (aktiver Luftschutz) getroffen werden.

Art. 2.

Dem Bunde liegt namentlich ob:

a) die Oberleitung des passiven Luftschutzes;
b) der Erlass einheitlicher Vorschriften;
c) die Instruktion des höhern Personals;
d) die Ueberwachung der Herstellung und der Einfuhr von Luftschutzmaterial aller Art;
e) die Ueberprüfung der in den Kantonen zu treffenden Massnahmen.

Art. 3.

Die vom Bunde aufzustellenden Vorschriften erstrecken sich insbesondere auf folgende Gegenstände:

a) Grundzüge der Organisation des passiven Luftschutzes in den Kantonen, Gemeinden sowie in Objekten von besonderer Bedeutung;
b) Instruktionswesen;
c) Alarmdienst, Verdunkelung, Tarnung;
d) Einrichtung und Benützung von Schutzräumen;
e) andere Schutzmassnahmen;
f) Sanitätsdienst;
g) Aufklärung der Bevölkerung.

Der Bundesrat wird ermächtigt, die erforderlichen Vorschriften auf dem Verordnungswege zu erlassen.

Art. 4.

Jeder Kanton hat den passiven Luftschutz in seinem Gebiete gemäss den eidgenössischen Vorschriften zu organisieren und für die Durchführung der Massnahmen lokaler Art zu sorgen.

Die Luftschutzorganisation ist, soweit nicht Personal öffentlicher Dienste zur Verfügung steht, durch Privatpersonen zu ergänzen.

Jedermann ist gehalten, die ihm übertragenen Verrichtungen innerhalb der Luftschutzorganisation zu übernehmen, sofern er nicht wegen anderer öffentlicher Pflichten oder aus Gesundheitsgründen daran verhindert ist.

Art. 5.

Die Kosten des passiven Luftschutzes sind vom Bund, den Kantonen und Gemeinden zu tragen.

Soweit der Bund Massnahmen verbindlich vorschreibt, die für die Kantone und Gemeinden finanzielle Folgen haben, sind die Kosten zur Hälfte von ihm zu übernehmen.

Vorbehalten bleibt die besondere Regelung der Kosten für bauliche Massnahmen.

Art. 6.

Der Bund übernimmt zunächst folgende finanzielle Leistungen:

a) die Kosten des Schutzes seines eigenen Personals sowie seiner Objekte;
b) die Kosten der Eidg. Gasschutzkommission und der Eidg. Gasschutz-Studienstelle;

c) die Kosten für die Instruktion des höhern Personals;
d) die Abgabe von Gasschutzgeräten für das Personal des lokalen Luftschutzes zu halben Preisen;
e) die Hälfte der Kosten kantonaler Instruktionskurse.

Art. 7.

Zur Deckung der Kosten für die Vorbereitung und Einführung des passiven Luftschutzes wird dem Bundesrat ein Kredit von Fr. 840'000.— bewilligt, der in die Nachtragskredite 1934, II. Serie, einzusetzen ist.

Art. 8.

Dieser Bundesbeschluss wird dringlich erklärt und tritt sofort in Kraft.

Der Bundesrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Wie aus dem Wortlaut ersehen werden kann, ist der Bundesbeschluss äusserst knapp gefasst. Der Grund, warum die Behörden von einer umfangreichen Regelung abgesehen haben, ist der, dass das zu behandelnde Sachgebiet neu und eigenartig ist und sich daher zu einer detaillierten Gesetzgebung nicht eignet. Hätte man auch nur die wichtigsten Bestimmungen über die verschiedenen in Frage kommenden Sachgebiete durch die Bundesversammlung selbst beschliessen lassen wollen, so hätte dies nicht nur eine bedenkliche Verzögerung mit sich gebracht, sondern es hätte auch die Gefahr bestanden, dass in kürzester Zeit Ergänzungen und Aenderungen nötig würden. Der Text wurde daher so kurz als möglich gehalten. Die weiteren Bestimmungen müssen durch bundesrätliche Verordnungen gegeben werden.

In Art. 1 des Bundesbeschlusses wird grundsätzlich bestimmt, dass der Bund für die Vorbereitung und Durchführung geeigneter Massnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung sorgt. In diesem Artikel ist auch der Begriff des «passiven Luftschutzes» festgelegt, welcher als Inbegriff eigentlicher Schutzmassnahmen neben den «aktiven Luftschutz» als Sammelbegriff für sämtliche militärischen Abwehr- und Verteidigungsmassnahmen tritt.

Die wichtigsten Obliegenheiten des Bundes werden in Art. 2 aufgezählt. Zu lit. c) kann hier besonders beigefügt werden, dass diesen Sommer in Wimmis bereits Eidg. Instruktionskurse stattgefunden haben, in denen das höhere Personal, welches die Leitung der Instruktion im Luftschutz in den Kantonen übernehmen soll, ausgebildet worden ist. Anschliessend an diese Kurse wird noch im Verlaufe dieses Jahres in den Kantonen mit den kantonalen Instruktionskursen begonnen werden. Diese Kurse bezwecken eine rasche und einheitliche Ausbildung des höhern Personals zu erreichen, damit im Verlaufe des Jahres 1935 die eigentliche Organisation des behördlichen Luftschutzes in den meist gefährdeten Ortschaften unseres Landes durchgeführt werden kann.

In lit. d) des Art. 2 wird festgelegt, dass die Herstellung und Einfuhr von Luftschutzmaterial aller Art von Bundes wegen geregelt wird. Damit wird die Garantie dafür geschaffen, dass nur absolut zweckmässiges Material zur Abgabe kommt und geschäftliche Interessen, welche zum Nachteil der Bevölkerung betätigt werden könnten, unterbunden werden.

Gemäss Art. 3 ist der Bundesrat ermächtigt, die für den passiven Luftschutz erforderlichen Vorschriften auf dem Verordnungswege zu erlassen. Dies betrifft insbesondere die daselbst aufgeführten Gegenstände, von denen einige hier einer kurzen Erläuterung unterzogen werden sollen:

Zu lit. a). Die Aufstellung der Grundzüge für die Organisation des passiven Luftschutzes durch die Behörden in den Kantonen und Gemeinden, sowie durch die massgebenden Stellen in Objekten von besonderer Bedeutung, wie z. B. Fabriken, Bahnhöfe, elektrische Zentralen und sonstige lebenswichtige Betriebe, muss von den eidgenössischen Behörden vorgeschrieben werden, damit die getroffenen Massnahmen auch tatsächlich den Forderungen eines wirksamen Schutzes des Hinterlandes entsprechen.

Zu lit. c). Die Vorschriften für den Alarmdienst und die Verdunkelung müssen für das ganze Land einheitlich vorgeschrieben werden; dies ist ohne weiteres einleuchtend, denn es ist nicht zulässig, dass der Fliegeralarm in den einzelnen Ortschaften auf verschiedene Art erfolge. Der Alarmdienst der Zivilbevölkerung wird übrigens an das militärische Alarmnetz angeschlossen werden müssen, welches zur Zeit in Durchführung begriffen ist.

Zu lit. d). Die Vorschriften für die Einrichtung und Benützung von Schutzräumen werden sich nicht nur auf öffentliche und kollektive Schutzräume beschränken, sondern sie werden sich auch auf die Erstellung von privaten Schutzräumen in den Privatwohnungen erstrecken, gilt es doch vor allem, die Bevölkerung in ihren eigenen Häusern möglichst sicher unterzubringen, und nur da, wo es unbedingt notwendig ist, öffentliche Sammelschutzräume herzurichten. Noch vollständig offen ist gemäss Art. 5, Absatz 3 in diesem Punkte die Kostenfrage.

Zu lit. e). Die weiteren Massnahmen, die vorgesehen werden müssen, sollen sich grundsätzlich auf alle Folgen des Luftkrieges erstrecken. Neben der Einwirkung eigentlicher Gasbomben soll auch diejenige von Brand- und Brisanzbomben erfasst werden. Auch der Schutz gegen die Einwirkung weittragender Geschütze wird nach Möglichkeit einbezogen werden müssen. Es ist daher unerlässlich, dass der Luftschutz durch eine Reihe weiterer Verordnungen in verhältnismässig kurzer Zeit nach den wichtigsten Richtungen hin ausgebaut werde.

Zu lit. g). Die Aufklärung der Bevölkerung ist eine der wichtigsten Aufgaben im passiven Luftschutz, denn vom richtigen Verhalten eines jeden hängt auch der endgültige Erfolg der getroffenen Massnahmen ab. Die Behörden werden daher diesem Punkte ihre volle Aufmerksamkeit schenken müssen. Sie werden in ihrer Aufgabe durch

die Mithilfe des Schweizerischen Luftschutzverbandes und seiner kantonalen und lokalen Sektionen unterstützt werden. Ueber die Aufgaben dieser Verbände soll an anderer Stelle berichtet werden.

Aus Art. 4 geht hervor, dass jedermann gehalten werden kann, im passiven Luftschutz mitzuwirken. Dies ist unerlässlich, wenn man bedenkt, dass Fliegerangriffe sich gegen jeden Punkt des Landes richten können und somit jede Ortschaft gefährdet sein kann. Da ferner im Kriegsfall alle wehrfähigen Männer unter den Fahnen stehen werden und im Hinterland ein Mangel an Rettungsmannschaften für sämtliche Dienstzweige des passiven Luftschutzes sein wird, müssen die Behörden nicht nur der Dienstpflicht enthobene Männer, sondern auch taugliche Frauen heranziehen können.

In Art. 5 ist der Grundsatz für die Uebernahme der Kosten festgelegt, die den Behörden durch den passiven Luftschutz erwachsen. Vorbehalten bleibt noch die Regelung der Kosten für bauliche Massnahmen, das heisst vor allem für die Erstellung von Schutzräumen, weil diese Frage heute noch nicht überblickt werden kann. Wenn in den Ortschaften die Einführung des passiven Luftschutzes soweit gediehen sein wird, dass die lokalen Behörden über diesen Punkt nähern Aufschluss geben können, wird auch über die Kosten für bauliche Massnahmen entschieden werden müssen.

Art. 6 setzt die vorläufigen finanziellen Leistungen des Bundes fest.

Wie in Art. 7 deutlich gesagt wird, handelt es sich im vorliegenden Bundesbeschluss um die Deckung der Kosten «für die Vorbereitung und Einführung des passiven Luftschutzes». Es sind dies die Beträge, die für die Instruktion und Ausstattung des unbedingt erforderlichen Personals vom Bunde zur Verfügung gestellt werden müssen. Sie entsprechen den finanziellen Leistungen, die in Art. 6 unter lit. c), d) und e) umschrieben werden und welche als eine einmalige Auslage in Betracht kommen. Weitere Kredite, wie sie zu andern Zwecken des passiven Luftschutzes später nötig werden können, sind im vorliegenden Bundesbeschluss nicht enthalten.

Die Frage, bis zu welchem Masse wirksame Vorkehrungen zum Schutze unserer Bevölkerung getroffen werden sollen, ist im Bundesbeschluss nicht im einzelnen erörtert. Eine restlos zutreffende Beantwortung der Frage wäre übrigens gar nicht möglich, da das Mass der zu treffenden Schutzmassnahmen stets von den lokalen Verhältnissen, der Stärke der Angriffs- und Verteidigungsmittel, sowie vom jeweiligen Stande der Technik abhängt.

Abschliessend soll hier nur mit aller Bestimmtheit gesagt sein, dass der Schutz der Zivilbevölkerung durch geeignete Massnahmen auf einen hohen Grad gebracht werden kann. Einen absoluten Schutz gegen die Einwirkungen von Luftangriffen gibt es allerdings so wenig, als die Zivilbevölkerung im Falle eines feindlichen Einbruches in unser Land gegen alle Kriegsschäden, namentlich gegen Bombardierung, schlechthin geschützt werden könnte. Aber die Verluste der Zivilbevölkerung infolge von Fliegerüberfällen werden sich durch zweckdienliche Massnahmen ganz entschieden herabsetzen lassen. Diese Erkenntnis hat daher unsere Landesbehörden veranlasst, unverzüglich die von der Eidgenössischen Gasschutzkommission und deren Studienstelle vorgeschlagenen Massnahmen zu beschliessen und den Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung sofort in Kraft zu setzen.

Commentaire sur l'arrêté fédéral, concernant la défense passive de la population civile.

M. Koenig, Berne, directeur du Bureau fédéral d'études pour la protection contre les gaz.

Déjà les travaux préliminaires de la Commission fédérale pour la protection contre les gaz, nommée en octobre 1928 par le Conseil fédéral avec la mission d'étudier les questions relatives à la protection de la population civile contre les effets de la guerre chimique, ont prouvé la nécessité de prendre des mesures à cet égard. Malheureusement le cours des événements internationaux, et tout particulièrement celui de la Conférence du désarmement, ont démontré que, non seulement une interdiction de la guerre chimique, mais encore une interdiction générale et absolue d'attaques aériennes contre la population civile est aujourd'hui beaucoup plus improbable qu'on aurait pu l'espérer après les expériences de la guerre mondiale. L'exhortation de la Croix-Rouge internationale qui demandait de prendre en main sans retard la protection des populations civiles en cas de guerre, acquiert, de ce fait, aujourd'hui un sens toujours plus profond.

En connaissance des faits, les autorités fédérales ont répondu résolument par l'affirmation à la question fondamentale de savoir s'il faut prendre maintenant déjà des mesures propres à assurer la protection aérienne de la population civile. Malgré notre ferme volonté de rester neutre, la possibilité subsiste que nous soyons entraînés, contre notre gré, dans une guerre. Dans ce cas il

ne suffit pas que nous ayons une armée bien préparée. Plus que jamais la valeur combative de l'armée dépendra, dans une guerre moderne, de la marche régulière du travail à l'arrière. Il faut pour cela assurer avant tout des moyens de protection efficaces à la population.

Ces considérations ont amené les autorités de notre pays à prévoir des mesures pour la protection de la population civile. A la suite d'une étude plus approfondie de la question, les autorités fédérales ont estimé qu'une réglementation efficace du problème ne pouvait être créée que sur une base fédérale. Sans doute ces mesures ne peuvent être exécutées qu'avec la collaboration étroite des autorités cantonales et communales, mais il importe absolument de leur assurer l'uniformité et la simultanéité dans tout le pays. Les mesures à prendre sont si étroitement liées à la défense nationale qu'il est incontestablement nécessaire qu'elles soient ordonnées par la Confédération. Pour ce motif, les bases générales ont dû être créées par un arrêté fédéral.

Dans la session du mois de septembre de cette année les Chambres discutèrent à ce sujet un projet qui fut ensuite accepté. Il est conçu comme suit:

Arrêté fédéral
sur
la défense passive de la population civile contre les attaques aériennes.
(Du 29 septembre 1934.)

Art. 1er.

La Confédération pourvoit à la préparation et à l'exécution des mesures propres à protéger la population civile contre les armes chimiques et similaires (défense passive), et qui seront appliquées à côté de la défense militaire (défense active).

Art. 2.

Incombent notamment à la Confédération:

a) la direction supérieure de la défense passive;
b) l'élaboration de prescriptions uniformes;
c) l'instruction du personnel supérieur;
d) la surveillance de la fabrication et de l'importation de matériel de défense passive de tous genres;
e) le contrôle des mesures à prendre dans les cantons.

Art. 3.

Les prescriptions à édicter par la Confédération porteront notamment sur les objets suivants:

a) bases de l'organisation de la défense passive dans les cantons et les communes, de même que dans les établissements d'importance particulière;
b) service d'instruction;
c) service d'alerte, extinction des lumières, camouflage;
d) aménagement et utilisation d'abris;
e) autres mesures de protection;
f) service de santé;
g) instruction de la population.

Le Conseil fédéral est autorisé à édicter par voie d'ordonnance les prescriptions nécessaires.

Art. 4.

Chaque canton organise la défense passive dans son territoire conformément aux ordonnances fédérales et pourvoit à la mise en œuvre des mesures de caractère local.

Pour l'organisation de la défense passive, il sera fait appel au personnel des services publics, et si celui-ci ne suffit pas, à des particuliers.

Chacun est tenu de remplir les fonctions qui lui sont confiées dans le cadre de l'organisation de la défense passive, à moins qu'il ne soit empêché par d'autres obligations publiques ou par des raisons de santé.

Art. 5.

Les frais de la défense passive sont à la charge de la Confédération, des cantons et des communes.

Si la Confédération prévoit des mesures obligatoires qui entraînent des frais pour les cantons et les communes, elle doit supporter la moitié de ces frais.

Demeure réservé le règlement particulier des frais occasionnés par des constructions.

Art. 6.

La Confédération supportera tout d'abord les charges financières suivantes:

a) les frais de protection de son personnel, ainsi que de ses établissements;
b) les frais de la commission fédérale pour la protection contre les gaz et du bureau fédéral d'études pour la protection contre les gaz;
c) les frais d'instruction du personnel supérieur;
d) la livraison, pour la moitié de son prix, du matériel de protection contre les gaz destiné au personnel de la défense locale;
e) la moitié des frais des cours d'instruction cantonaux.

Art. 7.

Il est ouvert au Conseil fédéral un crédit de huit cent quarante mille francs destiné à couvrir les frais occasionnés par la préparation et l'introduction de la défense passive; cette somme sera inscrite dans les crédits supplémentaires de 1934, IIe série.

Art. 8.

Le présent arrêté est déclaré urgent et entre immédiatement en vigueur.

Le Conseil fédéral est chargé de son exécution.

Ainsi que le texte le démontre, la teneur de l'arrêté fédéral est aussi concise que possible. La raison pour laquelle les autorités ont renoncé à une réglementation étendue, provient du fait que la matière à traiter a un caractère nouveau et particulier et qu'elle ne saurait donc être l'objet d'une législation détaillée. Même en ne demandant à l'Assemblée fédérale que de prendre les dispositions les plus essentielles, on aurait provoqué, non seulement, un retard regrettable, mais, en outre, on se serait exposé au danger d'avoir à introduire sous peu des compléments ainsi que des modifications. C'est la raison pour laquelle le texte fut conçu aussi bref que possible. Toutes les autres réglementations devront faire l'objet d'ordonnances du Conseil fédéral.

L'article premier de l'arrêté dit que la Confédération prépare et met en œuvre des mesures destinées à préserver la population civile. Dans cet article est aussi fixé la notion de «protection aérienne passive» comme ensemble des mesures de protection proprement dites, qui va de pair avec la «défense active», qui, elle comprend la totalité de toutes les mesures de défense et de résistance militaires.

Les obligations essentielles qui incombent à la Confédération sont énumérées à l'art. 2. Au sujet de sa lettre c), il est indiqué d'ajouter ici que des cours d'instruction fédéraux ont déjà eu lieu cet été à Wimmis, avec le but d'instruire le personnel supérieur chargé de l'enseignement de la protection aérienne dans les cantons. Comme suite à ces cours, le programme d'enseignement de cette année prévoit encore, pour tous les cantons, des cours d'instruction cantonaux. Ces cours tendent à réaliser une formation rapide et uniforme du personnel supérieur, afin de pouvoir procéder dans le courant de l'année 1935 à l'organisation municipale de la protection aérienne dans les endroits les plus menacés de notre pays.

La lettre d) de l'art. 2 précise que la fabrication et l'importation de matériel pour la protection aérienne de tous genres soient réglées par la Confédération. Cette réglementation donne la garantie que seul du matériel de bonne qualité sera fourni et que des intérêts commerciaux, pouvant être appliqués au détriment de la population, pourront être interceptés.

Conformément à l'art 3, le Conseil fédéral est autorisé à édicter par voie d'ordonnance les prescriptions nécessaires pour la protection aérienne passive. Ceci concerne notamment les objets mentionnés dans cet article. Quelques-uns parmi eux demandent une explication un peu plus détaillée.

Ad lettre a). Les bases de l'organisation pour la protection aérienne passive à prévoir par les autorités cantonales et communales ainsi que celles à instituer par les instances compétentes, dans les établissements d'importance particulière, comme par exemple des usines, gares, centrales électriques et autres entreprises vitales, doivent être prescrites par les autorités fédérales, afin que les mesures prises répondent réellement aux exigences d'une protection efficace de l'arrière.

Ad lettre c). Les prescriptions pour l'alerte et l'extinction des lumières doivent être ordonnées d'une façon uniforme pour tout le pays; ceci va de soi, car il est inadmissible que l'alerte contre avions soit donnée de diverses manières dans les différentes localités. En outre, le service d'alerte de la population civile doit être relié au réseau d'alerte militaire. Celui-ci est actuellement en préparation.

Ad lettre d). Les ordonnances pour l'aménagement et l'utilisation d'abris ne seront pas restreintes aux abris publics et collectifs, mais elles s'étendront aussi sur l'installation d'abris privés dans les habitations particulières, car il s'agit avant tout de protéger la population chez elle et, en suite, d'aménager des abris collectifs publics, là seulement où la nécessité l'exige absolument. A ce sujet la question des frais est encore entièrement ouverte, conformément à l'art. 5, alinéa 3.

Ad lettre e). Les autres mesures à prevoir doivent, en principe, embrasser tous les effets de la guerre aérienne. Il faut prévoir, à côté des atteintes des bombes à gaz proprement dites, celles des bombes incendiaires ou brisantes. Il faudra envisager aussi, dans la mesure du possible, la protection contre l'action des canons à longue portée. De ce fait, il est indispensable que la protection aérienne soit étendue par la voie d'ordonnances et dans un délai relativement bref sur les domaines les plus importants.

Ad lettre g). L'instruction de la population est une des tâches les plus importantes de la protection aérienne passive, car le succès final des mesures appliquées dépend aussi de la façon dont chacun se comporte. De ce fait, les autorités se trouvent dans l'obligation de porter toute leur attention sur ce point. Elles seront assistées dans leur tâche par la collaboration de l'Association suisse pour la protection aérienne et ses sections cantonales et locales. En ce qui concerne le travail de ces associations, il en est fait mention dans un autre article.

D'après l'art. 4, chacun est tenu de remplir les fonctions qui lui sont confiées dans la protection aérienne passive. Ceci est indispensable quand on pense que des attaques aériennes peuvent être dirigées sur n'importe quel point du pays et que, de ce fait, chaque localité peut être menacée. En outre, en cas de guerre tous les hommes aptes au service militaire seront appelés sous les drapeaux, de sorte qu'à l'arrière il y aura un manque de personnel dans tous les détachements de secours de la protection aérienne passive. Les autorités devront donc être à mêmes de faire appel, non seulement aux hommes libérés du service militaire, mais encore aux femmes.

L'art. 5 fixe les bases des frais de la protection aérienne passive qui sont à la charge des autorités. Demeure réservé le réglement des frais occasionnés par des constructions, c'est-à-dire en première ligne pour l'aménagement d'abris, cette question ne pouvant être embrassée dès aujourd'hui. Quand l'organisation de la protection aérienne passive sera suffisamment avancée dans les villes pour permettre aux autorités locales de rendre compte sur ce point, il sera aussi possible de trancher la question des frais causés par des constructions.

L'art. 6 définit les charges financières provisoires de la Confédération.

Ainsi que le dit clairement l'art. 7, il s'agit, dans l'arrêté fédéral en question, de la couverture des «frais occasionnés par la préparation et l'introduction de la protection aérienne passive». Ce sont les sommes qui doivent être versées par la Confédération pour l'instruction et l'équipement du personnel nécessaire. Elles sont déterminées par les prestations financières prévues à l'art. 6, lettres c), d) et e), et qui représentent une dépense unique. Toutes autres prestations, telles qu'elles pourront se présenter plus tard pour d'autres buts de la protection aérienne passive, ne font pas l'objet du présent arrêté fédéral.

L'arrêté fédéral n'aborde pas en détail la question jusqu'à quel point on doit prendre des dispositions efficaces pour protéger notre population. Il ne serait d'ailleurs pas possible de répondre exactement à la question, attendu qu'elle dépend des conditions locales, de l'étendue des moyens d'attaques et de défense, ainsi que de l'état momentané de la technique.

Pour conclure on peut, néanmoins, dire avec toute certitude que la protection de la population civile peut être portée à un haut degré de perfection par des mesures appropriées. Il n'existe, à vrai dire, pas de protection absolue contre les effets d'attaques aériennes, pas plus que la population civile ne peut être protégée, au cas d'une invasion ennemie sur notre territoire, contre tous les dégâts de guerre, tels, par exemple, que les bombardements proprement dits. Mais les pertes causées dans la population civile par les raids aériens pourront — c'est incontestable — être considérablement réduites par des mesures appropriées. Ce sont ces considérations qui ont inspiré nos autorités de mettre à exécution sans retard, et les mesures proposées par la Commission fédérale pour la protection contre les gaz et son Bureau d'études, et de réaliser la mise en vigueur de l'arrêté fédéral sur la défense passive de la population civile contre les attaques aériennes.

Schweizerischer Luftschutzverband.

Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts schon erkannte man die Gefahren, die der Zivilbevölkerung in einem Krieg durch Fliegerangriffe entstehen könnten. Bemühungen, auf dem Wege des Völkerrechtes den Schutz der Bevölkerung des Hinterlandes zu erreichen, waren von Erfolg gekrönt. 1899 wurde im Haag ein Verbot des Bombenabwurfes aus Luftfahrzeugen, ebenso die Verwendung von giftigen und erstickenden Gasen ausgesprochen. Der Weltkrieg hat alle diese humanitären Bestrebungen zu Schanden gemacht. Heute, 20 Jahre nach dem Ausbruch dieses Krieges, ist sich jedermann klar, dass ein nächster Krieg diese Menschlichkeitsforderungen nicht nur nicht achten, sondern im Gegenteil alles versuchen wird, auf dem Luftwege die heimatliche Bevölkerung mit Bomben aller Art, mit Gas, Bakterien usw. zu demoralisieren. Gegen diese Lebensgefahr für alle gilt es rechtzeitig vorzusorgen.

Die Internationale Gasschutzkommission des Roten Kreuzes hat im Jahre 1928 die ersten Vorschläge für den praktischen Luftschutzdienst gemacht. Der Luftschutz wurde als nationale Aufgabe erklärt. Seither bemüht man sich in fast allen Ländern in mehr oder weniger intensivem Masse, praktische Abwehrmassnahmen durchzuführen.

In Frankreich ist der Luftschutz städtischen und departementalen Luftschutzkommissionen überlassen, in denen Militär und Zivil wirksam zusammenarbeiten. In England, Italien und Deutschland ist der Luftschutz in jeder Beziehung volkstümlich geworden. Ebenso kennt Russland ein gut durchgebildetes System des Luftschutzes. In allen Staaten sind die zum Luftschutz nötigen technischen, wirtschaftlichen, militärischen und rechtlichen Massnahmen getroffen worden. In der Schweiz ist der Luftschutzgedanke noch recht jung. Ueber die Entwicklung in unserem Lande wird an anderem Orte zu sprechen sein.

Zur Unterstützung der bis heute getroffenen und noch zu treffenden Massnahmen des Bundes auf dem Gebiete des Luftschutzes hat am 3. November in Zürich aus Vertretern der bestehenden kantonalen Luftschutzverbände, aus Vertretern der Kantonsregierungen und der kantonalen Luftschutzkommissionen die Gründung des Schweizerischen Luftschutzverbandes stattgefunden. Der Verband versucht, auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft alle Kräfte, die den humanitären Sinn des Luftschutzes verstanden haben und die vom Gedanken der Freiheit unseres Vaterlandes beseelt, bereit sind, diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die nach menschlichem Ermessen Bedrohung und Schäden abwenden oder doch auf ein Minimum herabzumindern vermögen.

Der Zweck des Schweizerischen Luftschutzverbandes ist, im Rahmen der eidgenössischen Vorschriften die Bevölkerung innerhalb der Eidgenossenschaft über die Aufgaben des passiven Luftschutzes aufzuklären und zu tätiger Mitarbeit zu gewinnen. Sein Ziel dient der Gemeinnützigkeit. Er ist politisch und konfessionell neutral. Der Schweizerische Luftschutzverband will seinen Zweck insbesondere erreichen durch die Zusammenarbeit mit den Behörden, durch Aufklärung und Werbung für den Luftschutz der Zivilbevölkerung und durch Mithilfe bei der Durchführung des praktischen Luftschutzes.